

Ein Land wird geplündert

„Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen und die Akropolis gleich mit!“¹, titelte die Bild-Zeitung im Oktober 2010

Seit Griechenland unter dem Diktat der Troika (inzwischen Quadriga) steht, wurde es gezwungen, öffentliches Eigentum zu verkaufen. Dabei geht es um sehr vieles: die Wasserwerke, Eisenbahnen, die Post, Gas- und Stromversorgung, Häfen und lukrative Flughäfen, aber auch hochwertige Immobilien und Strände.

50 Mrd. € sollen durch Privatisierungen erzielt werden. Ausgerechnet der deutsche Bundesfinanzminister Schäuble bestand darauf, diese absurd hohe Summe als Ziel festzuschreiben. Obendrein wurde festgelegt, dass erst nachdem 25 Mrd. € Verkaufserlöse erzielt sind, die Hälfte der weiteren Erlöse für Investitionen im Land verwendet werden dürfen. Was heißt: Kein Cent wird in Investitionen gehen, weil diese 25 Mrd. € nicht erreicht werden - der IWF z.B. hält eine Summe von 500 Millionen € pro Jahr für realistisch. Privatisierungen tragen keineswegs dazu bei, die Schulden Griechenlands abzubauen. Im Gegenteil: Sie nehmen dem Staat Einnahmen und führen langfristig dazu, dass höhere Zinsen für Staatsanleihen gezahlt werden müssen.²

Da die griechische Wirtschaft am Boden liegt, sind die Verkaufspreise extrem niedrig - weit unter dem eigentlichen Wert der Objekte. Das war bei allen bereits privatisierten Objekten der Fall. Gekauft haben in erster Linie ausländische Konzerne und griechische Oligarchen. Privatisierungen verschlechtern die Arbeitsbedingungen. Das zeigt sich knallhart im bereits seit 2009 privatisierten Teil des Hafens von Piräus. Der Käufer, der chinesische Staatskonzern Cosco, hat Arbeitsschutz und europäische Arbeitsstandards de facto außer Kraft gesetzt.

„Privatisierung ist ein MultiMilliardenGeschäft. Abgesehen von Waffen- und Drogenhandel lassen sich kaum sonst derart hohe Gewinne erzielen.“³ Wenn einem anderen Staat der Verkauf öffentlichen Vermögens aufgezwungen wird, erinnert das an kolonialistische Praktiken. Geht es nur um die Interessen von Investoren aus anderen Ländern und von griechischen Milliardären, die sich an den Notverkäufen bereichern wollen?

Beispiel Wasserwerke

Auch die Wasserwerke sollen privatisiert werden. Hier wird noch einmal besonders deutlich, dass es bei der Privatisierung nicht darum geht, wie immer behauptet, dass der Staat kein guter Unternehmer sei, denn auch die Wasserwerke sind ein profitables Unternehmen. Und etliche Beispiele auch aus Deutschland zeigen, dass Privatisierung keinesfalls heißt, dass besser gewirtschaftet wird. Vor allem aber ist die Versorgung mit Wasser ein Grundrecht, Wasser muss für Menschen bezahlbar sein. Es gibt viele Beispiele, die aufzeigen, dass der Preis für das Wasser nach der Privatisierung von Wasserwerken angestiegen ist. Bestes Beispiel ist Berlin. Obwohl die Stadt die Mehrheitsanteile hielt, wurde der Wasserpreis nach der Privatisierung so teuer, dass schließlich aufgrund der Proteste der Verkauf für sehr viel Geld rückgängig gemacht werden musste. Und Berlin ist kein Einzelfall. Viele Wasser- und Energiewerke wurden nach einer vorherigen Privatisierung wieder von den Kommunen zurück gekauft.

In Griechenland stemmen sich Bürgermeister und Bevölkerung gegen die Privatisierung, aber der Druck der Quadriga ist immens, die Erpressung des Landes nimmt kein Ende.

¹ <http://www.bild.de/politik/wirtschaft/griechenland-krise/regierung-athen-sparen-verkauft-inseln-pleite-akropolis-11692338.bild.html> abgerufen am 28.12.2015

² Gros, Daniel. (2011) Privatisation is no salvation. CEPS Commentary, 23 June 2011. <http://aei.pitt.edu/32093/> abgerufen am 28.12.2015

³ NachDenkBlatt Privatisierung http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/110614_ndb_privatisierung.pdf abgerufen am 28.12.2015

Beispiel Flughäfen

Am 14.12.2015 unterzeichnete die griechische Privatisierungsagentur HRADF mit der deutschen FRAPORT AG einen Vertrag über die 40-jährige Verpachtung von 14 lukrativen Flughäfen – dabei sind auch die von Thessaloniki, Rhodos, Santorin, Mykonos und Korfu. Das war schon im Knebelvertrag (Memorandum), den Tsipras im August 2015 mit der Quadriga unterschreiben musste, festgelegt worden. Auch hier stellt sich die Frage, ob es nicht in erster Linie um Ausplünderung Griechenlands geht.

In Griechenland gibt es 39 Flughäfen, 14 davon werfen hohe Profite ab, 25 müssen subventioniert werden, sind aber für die Versorgung der Bevölkerung notwendig. Die griechische Regierung hatte versucht, die negativen Auswirkungen dieser Übernahme zu schmälern, indem auch einige der nicht lukrativen Flughäfen mit übernommen werden sollten, was Fraport aber ablehnte.

Für nur 1,2 Mrd. € erhält der Konzern die Betreiberrechte für 40 Jahre, 314 Mio. € sollen bis 2020 in die Flughäfen investiert werden und 22,9 Mio. € erhält der griechische Staat jährlich als Gebühr. Für Fraport ein lukratives Geschäft.

Durch die griechischen Flughäfen gewinnt Fraport mehr als 22 Millionen Fluggäste jährlich hinzu - mit prognostizierter steigender Tendenz. Die hohe Gewinnerwartung ist auch der Hintergrund für die Aktivitäten der hessischen Landesregierung zur Absicherung dieses Deals. Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt halten mit über 51 % die Mehrheit der Aktien an Fraport. Ministerpräsident Volker Bouffier reiste eigens nach Brüssel, um mit Kommissionspräsident Juncker eine Sicherheitskonstruktion einzuziehen, die es den nachfolgenden Regierungen unmöglich machen soll, diese Vereinbarung zurückzunehmen. So profitiert am Ende auch das Land Hessen von den Gewinnen, die Fraport mit den griechischen Flughäfen macht.

Inzwischen wurden Details aus der Vereinbarung zwischen Fraport und Griechenland bekannt, die alle Befürchtungen übertreffen. Erhebliche Risiken und auch laufende Kosten werden auf den griechischen Staat abgewälzt. So hat z. B. Fraport Anspruch auf finanzielle Entschädigung bei Ausfällen durch Streiks, werden Beschäftigte bei Arbeitsunfällen verletzt oder sterben, so kommt der Staat dafür auf, die Kosten für Reparaturen oder Ersatz alter Maschinen wie z.B. Gepäcklaufbänder hat während der gesamten Vertragszeit der Staat zu tragen. Eventuelle Schulden bei Vertragsende hat ebenfalls der Staat zu übernehmen. Außerdem wird Fraport von den für alle anderen in Griechenland geltenden Sonderabgaben für Immobilien befreit.¹⁾ Die Vermutung liegt nahe, dass sich Fraport im Tourismus über die Flughäfen hinaus engagieren will.

Beispiel Strände

Ca. 100 Grundstücke mit Meereszugang sollen privatisiert werden. Bisher sind in Griechenland noch vergleichsweise wenige Küsten durch Betonburgen zugebaut worden. Gerade der ursprüngliche Charakter der griechischen Landschaft zieht Touristen an. Die stark steigenden Besucherzahlen beweisen es.

Die Quadriga und manche Griech*innen scheinen sich einen anderen Tourismus zu wünschen. Der freie Zugang zu den Stränden wird in Frage gestellt. 2014 brachte die damalige griechische Regierung ein Gesetz zur Privatisierung der Küsten ein. Nach heftigen Protesten musste sie es zurückziehen. Dieser Kampf ist aber noch nicht zu Ende.

Immerhin ist der Tourismus der einzige Wirtschaftszweig Griechenlands, der in den vergangenen Jahren ein kontinuierliches Wachstum verzeichnen konnte. Er bringt dem griechischen Staat Einnahmen und vor allem ist er der Wirtschaftszweig, der am meisten Menschen Arbeit verschafft.

Von einem Tourismus der Konzerne profitieren in der Regel keine Griechen, sondern ausländische Reiseunternehmen. Auch hier stellt sich die Frage, ob wir es mit einem Wirtschaftskrieg zu tun haben.

1) Weitere Details zu den Vergünstigungen für Fraport in den Vereinbarung:
<http://griechenlandsoli.com/2016/01/27/update-zum-geheimvertrag-es-geht-noch-schlimmer/>; und hier:
<http://griechenlandsoli.com/2016/01/26/fraport-raub-unglaublicher-geheimvertrag/>
und aktuelle Informationen zu Griechenland siehe www.griechenlandsoli.com